

Bericht und Antrag des Regierungsrats an den Landrat

08. Mai 2012

Nr. 2012-297 R-362-28 Bericht und Antrag des Regierungsrats an den Landrat zum Rechenschaftsbericht über die kantonale Verwaltung des Kantons Uri für die Jahre 2010 und 2011

Nach Artikel 97 Absatz 2 Buchstabe g der Kantonsverfassung (KV; RB 1.1101) hat der Regierungsrat dem Landrat regelmässig Rechenschaft abzulegen über die Regierungs- und Verwaltungstätigkeit. Der Regierungsrat erfüllt diesen Auftrag, indem er alle zwei Jahre einen Rechenschaftsbericht der kantonalen Verwaltung der vergangenen zwei Jahre vorlegt.

In seiner Sitzung vom 22. Februar 1984 hat der Landrat den Regierungsrat verpflichtet, jeweils im Rechenschaftsbericht den Stand der materiellen Behandlung der noch hängigen parlamentarischen Vorstösse auszuweisen. Dies erfolgt im vorliegenden Rechenschaftsbericht 2010/2011 mit der Tabelle Nr. 2, bereinigt auf den Stand 1. Januar 2012. Schliesslich ermächtigt der Landrat den Regierungsrat, im Rahmen des Rechenschaftsberichts parlamentarische Vorstösse abzuschreiben. Eine Umfrage bei den Direktionen hat ergeben, dass die im Anhang erwähnten Motionen, Postulate und Parlamentarischen Empfehlungen formell und materiell erledigt, jedoch noch nicht abgeschlossen sind. Dem Landrat wird demzufolge beantragt, die im Anhang aufgeführten parlamentarischen Vorstösse auf den 1. Januar 2012 als formell und materiell erledigt abzuschreiben. Der Abschreibungsgrund ist beim Vorstoss angeführt.

Antrag

Gestützt darauf beantragt der Regierungsrat dem Landrat, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der Rechenschaftsbericht über die kantonale Verwaltung des Kantons Uri für die Jahre 2010 und 2011 wird genehmigt.

2. Die im Anhang aufgeführten parlamentarischen Vorstösse werden auf den 1. Januar 2012 als formell und materiell erledigt beschrieben.

Anhang

- Parlamentarische Vorstösse, die im Rahmen des Rechenschaftsberichts auf 1. Januar 2012 als formell und materiell erledigt beschrieben werden.

**Parlamentarische Vorstösse, die im Rahmen des Rechenschaftsberichts
auf den 1. Januar 2012 als formell und materiell erledigt abgeschrieben werden**

Motion Alois Arnold, Unterschächen

Zur Prüfung eines Erweiterungsbaues für ein Bürogebäude in der Brickermatte

Eingereicht: 5. November 2007

Erheblich erklärt: 20. Februar 2008

Abschreibungsgrund

Durch die Einführung von Raumstandards konnten genügend zusätzliche Arbeitsplätze im Professorenhaus und in der Brickermatte geschaffen werden. Auf einen Erweiterungsbau wird deshalb verzichtet.

Motion Armin Braunwalder, Erstfeld

Für eine Standesinitiative zur rascheren Verlagerung des alpenquerenden Güterverkehrs auf die Schiene

Eingereicht: 12. Dezember 2007

Erheblich erklärt: 20. Februar 2008

Abschreibungsgrund

Der Kanton Uri hat die Standesinitiative beim Bund eingereicht. Die Weiterbehandlung der Standesinitiative ist nun Sache des Bunds.

Motion Armin Braunwalder, Erstfeld

Für ein "2000-Solardächer-Programm"

Eingereicht: 12. November 2008

Erheblich erklärt: 4. März 2009

Abschreibungsgrund

Das 2000-Solardächer-Programm wurde im Energieförderprogramm 2009 des Kantons Uri umgesetzt.

Motion Alf Arnold Rosenkranz, Altdorf

Für eine Standesinitiative gegen 60-Töner-Lastwagen

Eingereicht: 18. November 2009

Erheblich erklärt: 31. März 2010

Abschreibungsgrund

Der Kanton Uri hat die Standesinitiative beim Bund eingereicht. Verschiedene andere Kantone haben dasselbe getan. Die Weiterbehandlung der Standesinitiative ist nun Sache des Bunds.

Postulat Markus Holzgang, Altdorf

Zur Inbetriebnahme des Regionalbahnhofes Uri vor 2015

Eingereicht: 26. September 2005

Überwiesen: 15. Februar 2006

Abschreibungsgrund

Die Forderung im Postulat ist in den Bericht "Entwicklungsschwerpunkt Urner Talboden (ESP UT)" eingeflossen. Dem Landrat wurde darüber anlässlich der Session vom 26. Oktober 2011 Bericht erstattet.

Parlamentarische Empfehlung Tumasch Cathomen, Bürglen

Aufhebung des Beschlusses des Regierungsrats zur Besetzung von Kommissionen

Eingereicht: 9. April 2008

Überwiesen: 28. Mai 2008

Abschreibungsgrund

Der Regierungsrat hat mit Blick auf die neue, 32. Legislaturperiode die Einschränkungen bei der Besetzung der Kommissionen angepasst.

Parlamentarische Empfehlung Alf Arnold Rosenkranz, Altdorf

Zum NEAT-Halt auch für Fahrgäste aus Nid- und Obwalden

Eingereicht: 17. November 2010

Überwiesen: 20. April 2011

Abschreibungsgrund

Das Betriebskonzept der SBB zum Gotthardbasistunnel sieht einen Neat-Halt in Uri vor.

Parlamentarische Empfehlung Dr. Franz-Xaver Brücker, Altdorf

Zur Aufhebung einer regierungsrätlichen Weisung

Eingereicht: 15. Dezember 2010

Überwiesen: 20. April 2011

Abschreibungsgrund

Die Weisung wurde aufgehoben.

Parlamentarische Empfehlung Markus Holzgang, Altdorf

Zu einem regionalen Sportzentrum unteres Reusstal

Eingereicht: 16. Februar 2011

Überwiesen: 14. September 2011

Abschreibungsgrund

Der Regierungsrat hat an seiner Sitzung vom 28. Februar 2012 das Sportanlagenkonzept zur Kenntnis genommen. Das Anliegen ist zudem im Richtplan erwähnt.

Parlamentarische Empfehlung Armin Braunwalder, Erstfeld

Zu "Nationales Ersatzprogramm für Elektroheizungen"

Eingereicht: 25. Mai 2011

Überwiesen: 16. November 2011

Abschreibungsgrund

Die Parlamentarische Empfehlung wurde im Rahmen der Energiedirektorenkonferenz weiterbearbeitet.

Parlamentarische Empfehlung Paul Bennet, Andermatt

Zum Besuch des Gymnasiums Kloster Disentis durch Schülerinnen und Schüler aus dem Urserntal

Eingereicht: 25. Mai 2011

Überwiesen: 16. November 2011

Abschreibungsgrund

Der Regierungsrat hat mit Beschluss vom 13. Dezember 2011 mit dem Gymnasium Kloster Disentis rückwirkend auf den 1. August 2011 eine entsprechende Vereinbarung abgeschlossen.

Parlamentarische Empfehlung Toni Epp, Silenen

Zu "Individueller Fremdsprachen-Unterricht auf der Oberstufe"

Eingereicht: 22. Juni 2011

Überwiesen: 16. November 2011

Abschreibungsgrund

Der Erziehungsrat hat an seiner Sitzung vom 7. Dezember 2011 den Fremdsprachenunterricht (namentlich die Dispensationsmöglichkeit vom Französischunterricht) im Sinne der Parlamentarischen Empfehlung beschlossen.